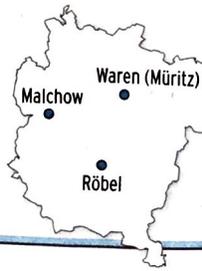


Müritz-Zeitung

Waren, Röbel, Malchow, Penzlin und die Region



Die erneute Angst vor der Tiefwareensee-Brücke

Von Ingmar Nehls

Die mögliche Kehrtwende bei der Ortsumgehung wirft Fragen auf. Wird in Waren Politik für den gemacht, der am lautesten brüllt? Diesen Eindruck haben nicht nur die Vereinigten Bürgerinitiativen. Auch von Stadtvertretern ist diese Einschätzung zu hören.

WAREN. Was ist ein Bürger-votum mit einem klaren Ergebnis wert, wenn einige Stadtvertreter dann doch gegen die Mehrheit Politik machen wollen? „Die Ignoranz gegenüber einer demokratischen Entscheidung finde ich furchtbar“, sagt Angelika Vennebusch von der Bürgerinitiative Ortsumgehung Waren.

Gleich nachdem sich bei der gemeinsamen Sondersitzung des Umweltausschusses und des Stadtentwicklungsausschusses zum Lärmaktionsplan (LAP) eine Mehrheit dafür aussprach, im Lärmaktionsplan festzuschreiben, dass „unverzüglich“ ein Antrag zu stellen ist, dass die Ortsumgehung Waren wieder in den Bundesverkehrswegeplan aufzunehmen ist, schickten die Vereinigten Bürgerinitiativen BLOW, Pro Natur Nord und BIGIO ein gemeinsames Schreiben an die Warener Stadtvertreter.

In diesem Brief weisen sie darauf hin, dass die Mehrheit der Warener sich beim Bürger-votum gegen eine Ortsumgehung entschieden hätten und nicht, wie von einigen Stadtvertretern behauptet werde, gegen eine Brücke über den Tiefwareensee. „Die Leute haben doch ihre Entscheidung nicht aus Versehen getroffen. Es gab vorab einen langen Prozess mit vielen Veranstaltungen. Die Menschen waren gut informiert“, sagt Angelika Vennebusch und verweist auf die Zusage des damaligen Verkehrsministers Volker Schlotmann, sich an die Entscheidung zu binden.

Erst den Bürger zu fragen und dann das Gegenteilige zu machen, wenn der unterlegenen Minderheit das Er-



Wenn eine Ortsumgehung kommt, dann kommt auch eine Brücke über den Tiefwareensee. Davon sind Politiker und Vertreter von Bürgerinitiativen überzeugt.

FOTO: NK-ARCHIV

gebnis nicht gefällt, würde die Politikverdrossenheit nur weiter verstärken, schreiben die Bürgerinitiativen. Sie fordern die Stadtvertreter auf, das Bürgervotum zu achten und die abgelehnte Ortsumgehung nicht nachträglich zu legitimieren.

Entscheidung fällt am 11. Dezember

Wird in Waren etwa Politik für den gemacht, der am lautesten brüllt? Diesen Eindruck haben nicht nur die Vereinigten Bürgerinitiativen. Auch aus den Reihen der Stadtvertreter ist diese Einschätzung zu hören und eine Politikerin wird sehr deutlich. „Der Druck, der von der kleinen Gruppe der Befürworter der Ortsumgehung ausgeht, ist enorm. Sie treten so aggressiv und beleidigend auf, dass man ihnen aus dem Weg geht“, sagt Stadtvertreterin Helga Kuhn (Die Linke). Sie stimmte

gegen den Antrag und bei der entscheidenden Stadtvertreter-sitzung am 11. Dezember wird sie dies auch wieder tun. Denn ihre Sorge ist nicht nur, dass die wahrscheinlichste Ortsumgehungs-Lösung eine Brücke über den Tiefwareensee sein wird und damit ein ganzes Wohngebiet zerstört.

Helga Kuhn ist sich auch sicher, dass alle Maßnahmen, die schon jetzt für weniger Lärm sorgen könnten, nicht mehr finanziert werden, wenn eine Ortsumgehung angemeldet wird. Und bis eine Ortsumgehung kommt, kann es noch lange dauern.

Denn dem Nordkurier liegt ein Schreiben der Staatskanzlei Mecklenburg-Vorpommern an ein Mitglied der Bürgerinitiative „Pro Ortsumgehung“ vor, in dem es heißt, dass eine Ortsumgehung bis zur Aufstellung eines neuen Bundesverkehrswegeplans nicht möglich sei. Für die nächsten 15 Jahre fehle der

Straßenbauverwaltung eine gesetzliche Grundlage für die Planung eines solchen Vorhabens. Da es bei der Partei Die Linke keinen Fraktionszwang gibt, könne sie aber nicht sagen, wie die anderen fünf Mitglieder abstimmen werden.

Sind die Fraktionen in ihrer Meinung festgefahren, oder ist noch Bewegung drin? Neun Stimmen hat die CDU, sieben die SPD/Grüne, sechs Die Linke, die FDP/MUG haben vier Stimmen und die NPD mit Doris Zutt hat eine Stimme.

Rainer Espig (Die Linke) hatte erst kürzlich im Umweltausschuss kritisiert, dass die Dinge, die Lärm reduzieren könnten, keine Mehrheiten finden. „Wenn der Bund eine Ortsumgehung bauen will, haben wir ganz wenig Einfluss darauf, wie das aussehen wird“, mahnte Espig.

Kontakt zum Autor
i.nehls@nordkurier.de